



AGDF ■ Eнденicher Straße 41 ■ D-53115 Bonn

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 0228/24999-0
Telefax: 0228/24999-20

agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Bank
BIC
IBAN

KD-Bank eG Duisburg
GENODED1DKD
DE73 3506 0190 1011 3910 16

Resolution der AGDF-Mitgliederversammlung 2021

Endlich die Bedürfnisse der afghanischen Bevölkerung in den Mittelpunkt stellen!

Der kriegerische Angriff gegen Afghanistan vor 20 Jahren verstieß gegen die UN-Charta. Die damalige Begründung, die Verhinderung zukünftiger terroristischer Anschläge wie die vom 11.09.2001 in den USA, durch den Sturz der Taliban-Regierung und das Ausfindigmachen von Osama bin-Laden, des Kopfes von Al-Kaida, war bestenfalls die halbe Wahrheit. Die formale Rechtfertigung aufgrund des „Selbstverteidigungsrechts“ war eine Verletzung der UN-Charta, die Beteiligung Deutschlands an den Militäreinsätzen aus „Bündnissolidarität“ ein Fehler.

Mit dem Militäreinsatz begann der sogenannte **Krieg gegen den Terror**, der neben weiteren verheerenden Militärinterventionen u.a. im Irak nicht die (weltweite) Ausbreitung des islamistischen Terrors verhindert, sondern eher befördert hat. Seine Wirkungen waren eine Diskriminierung von Muslim*innen in westlichen Ländern, die Beförderung innergesellschaftlicher Konflikte, ein Freibrief für Regime zur Unterdrückung ihrer Bevölkerung, eine Aushöhlung der Menschenrechte und letztlich ungezählte Tote, Verletzte, Unterdrückte und Geflüchtete.

Die **Folgen des Militäreinsatzes** sind verheerend: Der Krieg in Afghanistan hat nicht nur über zwei Billionen US-Dollar (für den Bundeswehreininsatz über 12,5 Milliarden Euro) gekostet, sondern das Leiden der Menschen in Afghanistan verstärkt, Hass gesät und Konflikte unter den Volksgruppen Afghanistans weiter angeheizt¹. Es wird geschätzt, dass der Krieg zwischen 2001 und 2021 über 240.000 Opfer forderte, darunter nach konservativen Schätzungen ca. 78.000 Zivilist*innen – mit steigender Tendenz.² Die Zahl der getöteten afghanischen Kombattant*innen auf Seiten der Taliban und anderer Milizen soll bei ca. 120.000 liegen. Bei

¹ Christine Schweitzer in einer Erklärung des Bund für Soziale Verteidigung vom 17. August zur Situation in Afghanistan
<https://www.soziale-verteidigung.de/artikel/erklarung-situation-afghanistan>

² Die Statistiken sind unzuverlässig. Die Neue Zürcher Zeitung veröffentlichte am 19.8. Zahlen des Uppsala Conflict Data Program
<https://www.nzz.ch/international/der-krieg-in-afghanistan-forderte-240000-tote-ld.1640684> <https://ucdp.uu.se/country/700>

Polizei und Militär der afghanischen Regierung gab es über 67.000 Opfer, bei den internationalen Truppen insgesamt ca. 3.500³.

Der Militäreinsatz bedeutet insgesamt ein **Versagen der westlichen Politik**. Die Komplexität der Situation wurde unterschätzt. Die letzten 20 Jahre beweisen eindrücklich, dass militärische Einsätze keinen Frieden bringen, und belegen die Unglaubwürdigkeit der Politik westlicher Regierungen, die ihre machtpolitischen Interessen nicht offengelegt haben. Die offiziellen Ziele für die Militäreinsätze veränderten sich im Laufe der Jahre, zuletzt ging es insbesondere um den Schutz von Frauenrechten und „nation building“. Im Land wurde mit doppelten Standards agiert. Während man sich einerseits für Demokratie einsetzte, wurde andererseits mit Warlords zusammengearbeitet, Klientelpolitik betrieben und auf korrupte Sicherheitskräfte gesetzt. Erfolge im Feld der Menschen- und Frauenrechte wurden bereits in den letzten Jahren u.a. von den Taliban teilweise zunichte gemacht.⁴ Nach Afghanistan gelieferte Waffen verstärkten bewaffnete Auseinandersetzungen und landeten zum beachtlichen Teil bei den Taliban.

Die AGDF hat sich immer wieder kritisch mit der militärischen Intervention und der Beteiligung der Bundeswehr an den Einsätzen befasst. Die Mitgliederversammlung 2008 zeigte die **Alternative** auf: „Für **eine gewaltfreie Transformation** der Konflikte ist ein konsequentes, an Gewaltfreiheit orientiertes Friedenshandeln von internationalen Institutionen, den einzelnen Staaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren notwendig. Interventionen von außen müssen folgende Bedingungen erfüllen: sich an den Betroffenen vor Ort und den Menschenrechten orientieren, konfliktensibel sein sowie Mandat und Interessen der Intervenierenden benennen.“ Die Mitgliederversammlung forderte von der Bundesregierung eine Neuorientierung ihrer Interventionspolitik, u.a.

- Unterstützung von einer Konfliktbearbeitung in Afghanistan, die alle Beteiligten, auch die Taliban, einbezieht, um damit der komplexen Situation gerecht zu werden.
- ein festes, naheliegendes Datum für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan (Exitstrategie)
- die bedarfsgerechte Bereitstellung der Mittel für zivile, an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtete Entwicklungsprojekte
- ein Einwirken auf die USA und die anderen beteiligten NATO-Länder, damit diese zunächst die neue Strategie Deutschlands respektieren, militärische Eskalation vermeiden und Gespräche mit allen Beteiligten aufnehmen – sowie sich letztlich dieser Linie anschließen.

Heute müssen wir feststellen, dass die **Situation der Bevölkerung in Afghanistan** weiterhin sehr heikel, teilweise lebensgefährlich ist. Es fehlt u.a. an Nahrung, Sicherheit, wirtschaftlichem Auskommen, Gesundheitsversorgung, Bildungsangeboten und auch an Freiheitsrechten. Bemühungen, Frauen und Mädchen Zugang zur Bildung und Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen, drohen zurückgenommen zu werden; viele Mädchen können ihre Schulbildung nicht abschließen. Die Taliban üben Willkür und Gewalt beispielsweise gegen Journalist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und politische Gegner*innen aus. Organisationen der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit wollen trotzdem nach Möglichkeit ihre Arbeit fortsetzen und die Bevölkerung nicht im Stich lassen.

³ Davon 59 Bundeswehrsoldat*innen und alleine 2.445 US-Soldat*innen. Hinzu kommen ca. 3.850 ausländische Söldner und Sicherheitsleute.

⁴ Quellen hierzu: <http://www.rawa.org/temp/runews/2015/10/05/after-over-a-decade-of-occupation-and-1-5-billion-usd-in-us-aid-the-reality-facing-women-in-afghanistan-has-barely-changed.html>
<http://www.rawa.org/temp/runews/2017/10/17/hrw-two-thirds-of-afghan-girls-do-not-attend-school.html>
<http://www.rawa.org/temp/runews/2014/01/24/women-s-rights-in-afghanistan-worsen-in-2013-report.html>

Viele Menschen sind auf der Flucht bzw. bereits in Flüchtlingslagern. Das UN-Flüchtlingswerk fordert von der Bundesregierung Erleichterungen bei Asylverfahren und beim Familiennachzug. Pakistan mit 3-4 Mio. Flüchtlingen will keine Afghan*innen mehr ins Land zu lassen.⁵

Afghanistan droht ein **Spielball machtpolitischer Interessen** zu bleiben: Die Regierungen von China, der Türkei, Russland, Indien und auch westlicher Staaten sind bereits in entsprechenden Gesprächen mit den neuen Machthabern und/oder bleiben in der Region militärisch präsent.

Wir fordern von Bundestag und Bundesregierung:

- Aufnahme gefährdeter Afghan*innen und den Einsatz dafür, dass sich auch andere EU-Mitgliedsstaaten dazu bereit erklären.
- Bis auf weiteres keine Abschiebungen nach Afghanistan.
- Fortführung der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit; kein Sanktionsregime zu Lasten der Bevölkerung.
- Diplomatische Bemühungen Deutschlands und Unterstützung von Vermittlungsbemühungen der UN und der Länder, die Einfluss auf die Taliban haben könnten, mit dem Ziel, die Situation für die Bevölkerung zu verbessern.
- Eine kritische, ehrliche und möglichst unabhängige Bilanz zum deutschen Engagement in Afghanistan unter Beteiligung von Friedensforschungsinstituten und im Auftrag des Deutschen Bundestages.
- Schnellstmögliche Beendigung der anderen internationalen Kampfeinsätze der Bundeswehr.
- Eine überzeugende, stabilisierende Begleitung jener Einsatzkräfte, die unter Posttraumatische Belastungsstörungen leiden bzw. ihre Arbeitskraft verloren haben.

Angesichts der zahllosen Opfer des Krieges, der 59 getöteten Bundeswehrsoldat*innen, der Kritik in der Bevölkerung sowie von Angehörigen der Bundeswehr an dem 20jährigen Einsatz des westlichen Militärs in Afghanistan empfehlen wir dringend, auf das Zeremoniell eines Großen Zapfenstreiches zu verzichten. Wir rufen dazu auf, eine kritische Gedenkkultur zu entwickeln.

Von Seiten der Kirchen gab es einerseits kritische Äußerungen zur Afghanistan-Politik⁶, andererseits konnte man sich nicht auf eine eindeutige, gemeinsame Position verständigen, obwohl das deutsche Engagement offensichtlich den in der EKD-Denkschrift von 2007 entwickelten friedensethischen Kriterien widersprach. In einer Stellungnahme der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD von 2013⁷ werden zwar die Defizite des deutschen Engagements in Afghanistan beschrieben, aber sie befasst sich mit dem militärischen Engagement und verzichtet auf **eine friedensethische Gesamtbewertung dieses Einsatzes**. Die Konzentration auf die Frage nach der Legitimität der Anwendung von militärischer Gewalt führt dazu, das offenkundige Versagen der Politik bei diesem Einsatz nicht zu erörtern. Die grundsätzliche Frage, ob

⁵ Seit Beginn des Jahres sind laut UNHCR mehr als 558.000 Menschen innerhalb des Landes am Hindukusch vor Terror und Gewalt und geflüchtet. Zudem evakuierten mehrere Staaten wie die USA und Deutschland in der zweiten Augushälfte etwa 150.000 Menschen in Flugzeugen aus der Hauptstadt Kabul. In den Nachbarländern leben mehr als 2,2 Millionen registrierte Flüchtlinge aus Afghanistan, die meisten davon in Pakistan und dem Iran. Zudem leben in der Region weitere drei Millionen Afghanen außerhalb ihres Heimatlandes, sie hätten beispielsweise keine gültigen Ausweispapiere. (epd-Meldung vom 3.9.2021)

⁶ So die damalige EKD-Ratsvorsitzende Dr. Margot Käßmann in ihrer Neujahrspredigt 2010 in der Dresdener Frauenkirche mit dem Schlagwort „Nichts ist gut in Afghanistan“ <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Afghanistan/kaessmann2.html>

⁷ „Selig sind die Friedfertigen“ Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik - Eine Stellungnahme der Kammer für öffentliche Verantwortung, Dezember 2013

angesichts des Kampfeinsatzes der NATO eine durch NATO-Staaten geförderte Friedenspolitik in Afghanistan, die diesen Namen verdient, überhaupt möglich ist, wird vermieden. Die Kammer kann sich nicht zu einem gemeinsamen Votum entschließen, wonach die Legitimation einer Intervention regelmäßig überprüft werden muss. Im Blick auf das deutsche Engagement in Afghanistan sowie für künftige Einsätze werden keine Handlungsoptionen vorgestellt, die der gesellschaftlichen Verantwortung und den friedensethischen Positionierungen der EKD gerecht werden.

Die Kundgebung der EKD-Synode 2019 „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“ stellt sich in einen ökumenischen Kontext. Sie bezieht sich ausdrücklich auf den 1983 eröffneten Konziliaren Prozess und auf Positionen, die im Bund der Evangelischen Kirchen entwickelt wurden. Die Selbstverpflichtungen dieser Kundgebung sehen wir im Kontext zu **folgenden Vorschlägen und Erwartungen an die**

Evangelische Kirche in Deutschland:

- Eine kritische Aufarbeitung der kirchlichen Stellungnahmen zum deutschen Engagement in Afghanistan in Verbindung mit der Frage, wie die evangelische Seelsorge in der Bundeswehr ihre friedensethische Verantwortung wahrgenommen hat.
- Einen Diskurs zu der Frage, welche christlich begründeten Handlungsoptionen, die der gesellschaftlichen Verantwortung der Kirche gerecht werden, sich für eine "Kirche des gerechten Friedens" im Blick auf andere und künftige Einsätze ergeben.
- Eine Antwort auf die Frage, welche praktischen Konsequenzen und Selbstverpflichtungen sich für die EKD als „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“ als Konsequenz des Afghanistan-Einsatzes ergeben im Blick auf den Vorrang für Zivil (Friedensbildung, Zivile Konfliktbearbeitung, freiwilliger Friedensdienst) und auf die professionelle Begleitung von Soldat*innen, die den Kriegsdienst verweigern wollen.

Bonn, den 25. September 2021